

ten ihm im Notfall helfen. Ab und zu besucht er seine Freunde und seine Mutter in der Heimatstadt. Wenn er sich jetzt umschaut, findet er nichts, wofür sich all das gelohnt haben könnte.

„Es gab gar keinen Arabischen Frühling“, sagt Kaliya. In Libyen bekämpfen sich diverse Fraktionen, während der „Islamische Staat“ Ort um Ort erobert. In Ägypten herrscht der frühere General Abdel Fattah el-Sisi wie einst Mubarak. Der Jemen wird von Saudi-Arabien bombardiert, schiitische und sunnitische Milizen kämpfen gegeneinander. Und dann noch Syrien, mit seinen über 250 000 Toten. Kann man sich Schuld anmaßen?

Natürlich geht es Tunesien besser, es gilt noch immer als ein Hoffnungsschimmer in der arabischen Katastrophe. Immerhin gehen die Tunesier wählen, statt aufeinander zu schießen. Aber das Land steht auf der Kippe. Die Arbeitslosigkeit ist hoch, gerade unter den jungen Leuten. Mehrere Tausend Tunesier kämpfen für den „Islamischen Staat“ in Syrien, dem Irak und Libyen. Oder sie verüben Anschläge in ihrer Heimat.

Im vergangenen März ermordeten Islamisten 20 Touristen im Nationalmuseum von Tunis. Im Juni erschoss ein Attentäter 38 Touristen am Strand bei Sousse. Zu den Anschlägen bekannnten sich Terrorgruppen, die dem „Islamischen Staat“ nahestehen. Vor zwei Monaten sprengte schließlich ein Selbstmordattentäter einen Bus der Präsidentengarde in die Luft, 13 Soldaten starben, mitten in der Hauptstadt. Und so bleiben jetzt auch noch die Urlauber weg, die viel Geld ins Land brachten.

Hosni Kaliyas Heimat Kasserine und die Schluchten des Djebel Chambi gelten nun als Brutstätte des Dschihad, als unsicheres Gebiet, von hier sollen viele Terroristen kommen. „Wo Menschen marginalisiert werden, entsteht Terror“, sagt Hizi Med Raouf, ein Ökonom, bedächtig, systematisch. Ein paar Monate nach Beginn des Aufstands ist er aus Tunis in seine Heimatstadt Kasserine zurückgekehrt.

Hizi Med Raouf dachte, jetzt würde sich alles ändern, nach dem Ende der Diktatur könnten neue Unternehmer etwas wagen. Er mietete ein kleines Büro an der Hauptstraße von Kasserine. In Los Angeles oder Berlin würde man seine Firma einen Startup-Inkubator nennen: Hizi Med Raouf berät angehende Firmengründer, erstellt Machbarkeitsstudien, lässt Kontakte spielen. Doch immer wieder stößt er auf die alten Cliquen aus Ben Alis Zeiten in Banken und Behörden, auf Männer, die wenig Interesse daran haben, dass sich etwas ändert.

Der Unternehmer hat die Zahlen studiert: Die Hälfte der ausgebildeten jungen Leute in Kasserine sei arbeitslos, sagt er. Die wichtigste Branche hier, nahe der Grenze zu Algerien, sei der Schmuggel,

wie immer schon. „Ich bin Optimist, sonst könnte ich das hier nicht machen. Selbst wenn nichts funktioniert, will ich weiter glauben, dass alles besser wird.“

Ein paar Häuser weiter sitzt Ali Rebah, der sein Radio im Internet startete an jenem Tag, an dem sich Hosni Kaliya anzündete. Inzwischen ist daraus ein richtiger Radiosender geworden. KFM heißt er, 70 Mitarbeiter, im Sendegebiet leben über 400 000 Menschen. Aber keiner der KFM-Leute bekommt auch nur einen Dinar, selbst Rebah nicht, weil das bisschen Werbung nur die Betriebskosten deckt. Die meisten seiner Leute sind aber sowieso arbeitslos, sie haben nichts Besseres zu tun.

„In Tunesien kann jetzt jeder sagen, was er denkt. Ansonsten hat sich nicht viel geändert“, sagt Rebah. „Wir brauchen mehr Zeit. Viel mehr Zeit.“ Deshalb arbeitet KFM mit Schulen zusammen, Kinder machen Radio und lernen dabei, wie Wahlen funktionieren, dass man andere Meinungen akzeptiert, und vor allem, dass man etwas verändern kann. Rebah setzt bereits auf die nächste Generation. Er glaubt nicht mehr, dass sich so schnell etwas ändern wird, wohl kaum für seine Generation, die den Arabischen Frühling doch angestoßen hat. Nicht alle halten das aus.

Hosni Kaliya hatte einen jüngeren Bruder. Saber war 35 Jahre alt, er arbeitete als Pförtner. Er konnte davon leben, er konnte sogar seine Mutter unterstützen. Doch im vergangenen Sommer verlor Saber seinen Job. Viele in Kasserine verlieren ihre Arbeit, weil Betriebe pleitegehen oder die Produktion an die Küste verlagern. Weil neue Projekte nicht vorankommen. Weil die Revolution, die Hosni Kaliya mit ausgelöst hatte, zwar die Demokratie brachte, aber keine Jobs.

Saber kämpfte um seine Stelle, er bettelte und bat, drei Monate lang. Etwas anderes war ja auch nicht in Sicht. Als er keine Chance mehr sah, kaufte er sich eine Flasche Benzin, genau wie sein Bruder. Und zündete sich an, nicht weit weg von zu Hause. Seine Mutter hörte die Schreie, sie lief aus dem Haus, da lag Saber brennend am Boden. Er starb am 14. Oktober.

„Ich verfluche diese Revolution, ich will meine Söhne zurück“, sagt die Mutter und weint in einen Fetzen Stoff, nass und dunkel von ihren Tränen. „Mehr werden sterben, mehr werden kämpfen, mehr werden sich anzünden. Sie haben keine Zukunft.“

Hosni Kaliya sitzt stumm daneben. Nicht einmal bei der Beerdigung seines Bruders konnte er richtig weinen. Die Flammen haben seine rechte Tränendrüse zerstört.



Video: Die Narben des Hosni Kaliyas

spiegel.de/sp032016tunesien
oder in der App DER SPIEGEL

Ausgezehrt

Syrien Das Regime hat Hunderttausende Menschen im ganzen Land eingekesselt und von jeder Versorgung abgeschnitten. Steht das große Hungern bevor?

Vielleicht waren sie arm. Vielleicht waren sie trotz allem immer noch zu optimistisch. Oder vielleicht auch einfach schon zu schwach, um zu fliehen. Man kann den Vater und seinen Sohn nicht mehr fragen. Sie verhungerten am 7. oder 8. Januar. Die Mutter und ihre Tochter lagen tagelang in der Behelfsklinik von Madaja im Koma, bewusstlos wegen Unterernährung. Am Montag wurden sie vorerst gerettet, als der erste Konvoi seit knapp drei Monaten Nahrungsmittel in die Kleinstadt brachte, in diesen einst so idyllischen Bergort nordwestlich von Damaskus. Vielleicht werden Mutter und Tochter überleben. Vielleicht aber werden sie in einigen Monaten doch noch verhungern.

Es brauchte erst die Bilder der Toten und Halbverhungerten von Madaja, damit der Hilfskonvoi passieren durfte. Für wenige Wochen ist das Überleben der etwa 40 000 Eingeschlossenen gesichert, aber an der Belagerung hat sich nichts geändert. Es wird weiter auf Fliehende geschossen, es werden weiter Menschen auf Landminen treten beim Versuch zu entkommen. Madaja ist und bleibt eine Todesfalle – und das Aushungern eine der brutalsten Waffen des Regimes von Baschar al-Assad.

Drei Jahre lang befand sich die Stadt in einem eigentümlichen Schwebezustand: nicht Frieden, nicht Krieg, Folge eines stillen Nichtangriffspaktes. Denn als Anfang 2012 die Kämpfe im nahen Kurort Sabadani in voller Heftigkeit ausbrachen, fürchteten die Bewohner der umliegenden Orte die Zerstörung – und begehrten nicht gegen das Regime auf. Gleichzeitig hatte die Armee nicht genügend Soldaten, um alle Städte einzukesseln. Solange also die Bewohner von Madaja nicht zur offenen Revolte übergangen, griffen die Armee, die Hisbollah und andere Milizen des Regimes nicht an. So wurde Madaja zum Fluchort, die Zahl der Bewohner verdoppelte sich nahezu.

Doch seit Moskau sich in den Syrienkrieg eingemischt hat und die russische Luftwaffe an manchen Orten oft mehrere Dutzend Angriffe pro Tag fliegt, ist Assads geschwächte Armee entlastet. Und so zog sie den Belagerungsring um die Region enger – und stellte deren Bewohner vor die Wahl: Tod durch Verhungern oder voll-



OMAR SANADIKI / REUTERS

Syrischer Junge in Madaja: „Bomben können einen verfehlen, aber Hunger trifft jeden“

ständige Unterwerfung und Vertreibung. Die Menschen aus Madaja und dem Nachbarort Bukain wurden zu Geiseln.

„Hunger ist schlimmer als das Bombardement“, sagt Abu Khalil aus Bukain. „Bomben können einen verfehlen. Aber der Hunger trifft jeden, und er macht die Menschen wahnsinnig. Die jetzige Lieferung wird in drei Wochen verzehrt sein. Unsere Belagerung muss aufhören!“

Die großen Hilfsorganisationen wie das Rote Kreuz wussten seit Langem von der Lage in Madaja. In internen Berichten schilderten Uno-Experten die dramatische Situation: Man habe allein 2015 sechsmal beantragt, Nahrungsmittel nach Madaja zu bringen. Nur ein einziger Transport sei Mitte Oktober durchgelassen worden.

Es war ein schlechter Zeitpunkt für Madaja. Denn der Uno-Sonderbotschafter für Syrien, Staffan de Mistura, brauchte Erfolge, damit die internationalen Gespräche über eine Waffenruhe in Syrien ab dem 25. Januar wie geplant beginnen können. Zumindest Anzeichen von Kompromisswillen des Regimes waren nötig, um den viel beschworenen „politischen Prozess“ nicht von vorneherein scheitern zu lassen. Die Hungernden passten da nicht ins Bild.

Es mussten erst 30 Menschen allein in Madaja verhungern, damit sich acht internationale Organisationen in einem gemeinsamen Statement an die Öffentlichkeit wandten: Einmalige Konvois würden hungernde Syrer nicht retten. Die Belagerungen müssten sofort aufhören. Die Uno schloss sich diesem Aufruf nicht an, obwohl der Sicherheitsrat selbst in mehreren Resolutionen bereits den „freien humanitären Zugang“ in ganz Syrien gefordert hat.

15 Gebiete in ganz Syrien listet die Uno derzeit als belagert auf – 14 vom Regime, eines von Rebellen. Madaja ist noch nicht einmal dabei. In Wirklichkeit, so die Mitarbeiterin einer internationalen Hilfsorganisation, seien es viel mehr als 15. „Die Uno betrachtet eine Belagerung als beendet, wenn in der Gegend ein Verteilzentrum für

Lebensmittel eingerichtet wurde“, sagt sie. „Aber meist stehen diese Zentren unter Kontrolle der Armee und sind gar nicht erreichbar für die Menschen. Es liegen vielleicht nur zwei, drei Häuserblocks dazwischen – aber es wäre Selbstmord für sie, dorthin zu gehen. Also hungern sie weiter, nur eben nicht mehr offiziell.“

Die Einkreisungen laufen stets nach dem gleichen Muster ab, so war es auch in Madaja: Erst werden Kontrollposten errichtet und Minengürtel gelegt. Die Bewohner dürfen Lebensmittel hereinbringen, aber nur so viel, wie sie an einem Tag essen können. Die Preise steigen, und die Menschen verzehren notgedrungen ihre Vorräte. Nach und nach wird der Würgegriff immer enger: Die Bewohner dürfen nichts mehr hereinbringen, und irgendwann dürfen sie auch nicht mehr hinaus. In Madaja war dieser Punkt im Juli erreicht. Selbst ihre Gärten dürfen die Bewohner seither nicht mehr betreten. Wer fliehen will oder Nahrungsmittel schmuggelt, wird erschossen.

Vor allem rund um Damaskus werden seit Wochen mehrere Städte und Gebiete auf ähnliche Weise schrittweise abgeriegelt. Muadhamija, ein südlicher Vorort von Damaskus, der schon 2013 neun Monate lang ausgehungert wurde, ist seit drei Wochen

hermetisch abgeschlossen. Den etwa 45 000 Menschen dort droht der Hungertod.

„Es gibt jetzt schon kein Brot mehr, selbst der Preis für Wasser ist auf 30 Dollar für ein paar Hundert Liter gestiegen, weil es keinen Diesel für die Pumpen mehr gibt“, berichtet ein Bewohner über Skype. Warum sie nicht geflohen seien? „Wohin denn? Wovon? Die Menschen haben hier ihre Häuser, ihre Äcker, Gärten, und sonst haben sie nichts mehr.“

Am Ende der ersten Belagerung seien nur noch 3000, vielleicht 4000 Menschen in Muadhamija gewesen. Danach seien rund 40 000 zurückgekehrt: „Sie hatten die Hoffnung, dass der Waffenstillstand halten würde.“ Doch seit die Armee erstarkt sei, nutze sie die Zivilisten in Muadhamija als Geiseln, um Rebellen in einem benachbarten Vorort zur Aufgabe zu zwingen.

Auch in anderen Orten südlich von Damaskus, in Jalda, Babila und Beit Sahn, wird der Belagerungsgürtel in diesen Tagen immer enger, werden Babynahrung und Kochgas nur noch in winzigen Mengen durchgelassen. Allein südlich der Hauptstadt sind etwa 200 000 Menschen betroffen, in den nordöstlichen Vororten mehr als eine halbe Million. Die Menschen überleben nur, weil durch selbst gegrabene Tunnel ein Minimum an Lebensmitteln hereinkommt – und weil sie Ruinen, Gärten, Dächer und Balkone nutzen können, um Gemüse und Getreide anzubauen.

Nur ein einziges Gebiet hier konnte seine Abriegelung abwenden: Die Bewohner der Dörfer im Barada-Tal hatten gedroht, ansonsten die Quellen zu blockieren, die Damaskus mit Wasser versorgen.

Auch in der Provinz Homs werden Städte belagert, etwa Rastan und Talbisa. In der zerstörten Metropole Deir al-Sor im Osten beherrscht der „Islamische Staat“ die Umgebung und die Armee das Stadtzentrum – aber sie nutzt den Flughafen nur zur Versorgung ihrer Soldaten. Die Bevölkerung hungert. Die niederländische Hilfsorganisation PAX schätzt, dass selbst nach den Uno-Kriterien hier 1,1 Millionen Menschen eingeschlossen sind und vor dem schleichenden Hungertod stehen.

Mit dem Auftakt der Verhandlungen und durch die russische Hilfe kann sich Assads Regime erheblich sicherer fühlen. Diese Position nutzt es nun offenbar, um eine politische Lösung des Konflikts wieder einmal im Vorfeld zu torpedieren. Es geht der Führung in Damaskus, wie schon seit 2011, nicht um Kompromisse, sondern um den absoluten Sieg. Oder wie es Ahmad Shalash, ein Abgeordneter des regimetreuen Parlaments, auf Facebook schrieb: „Wir sind gegen diese Politik des Aushungerns. Wir sollten diese Städte niederbrennen, damit niemand mehr übrig bleibt, der hungern kann. Angefangen mit Madaja.“

Christoph Reuter

